

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
09/2011 (III)*



PARLAMENTSMAIL

Liebe FreundInnen!

Am letzten Tag im September ist der Nationalrat zu einer weiteren Sondersitzung zusammengekommen. Dabei ging es diesmal um den Europäischen Schutzschirm. Am Nachmittag wurde dann noch im Rahmen einer Dringlichen Anfrage über die Korruptionsvorwürfe gegenüber der ehemaligen schwarz-blau/orangen Bundesregierung und über die Inseratenvergabe der Bundesregierung diskutiert.

Wie immer gilt: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine



Plenum 30.09.2011

FACTS BY MAIL - NEWS AUS DEM SPÖ-KLUB

Am Freitag, 30. September, trat der Nationalrat zu einer Sondersitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stand die Novelle des Zahlungsbilanzstabilisierungsgesetzes, die eine Aufstockung des Euroschutzschirms ermöglicht. Der österreichische Anteil am Europäischen Stabilisierungsfonds (European Financial Stability Facility – EFSF) wird von 12,2 Milliarden Euro auf 21,64 Milliarden Euro erhöht. Am Nachmittag wurde im Rahmen einer Dringlichen Anfrage über Korruptionsvorwürfe gegenüber der ehemaligen schwarzblau/orangen Bundesregierung und über die Inseratenvergabe der Bundesregierung diskutiert.

Aufstockung des Euro-Schutzschirms – Novelle Zahlungsbilanzstabilisierungsgesetz ([1409 d.B.](#))

Der **Europäische Stabilisierungsfonds EFSF** wurde im Frühjahr 2010 eingerichtet. Sein Volumen beträgt bisher 440 Milliarden Euro in Form von Haftungen der Euroländer abhängig von ihrer Wirtschaftskraft und soll nun auf **780 Milliarden Euro aufgestockt** werden. Für **Österreich** betrug die Obergrenze der Garantien bisher 12,2 Milliarden Euro, die nun auf **21,64 Milliarden Euro** erhöht wird. Der EFSF nimmt Kredite zu **günstigen Zinskonditionen** auf und gibt diese verknüpft mit Auflagen an Mitgliedstaaten weiter, die sich auf dem Kapitalmarkt nicht mehr refinanzieren können. Um diese günstigen Konditionen zu erhalten, haften die Euromitgliedstaaten anteilig für den EFSF. Dem **Nationalrat** ist jedes Quartal über die übernommenen Garantien **Bericht zu erstatten**.

Der **Euro** ist innerhalb kürzester Zeit zur **zweitwichtigsten Weltwährung** geworden. Er hat **niedrige Inflationsraten** gebracht und ist essentiell für die österreichische **Exportwirtschaft**. Österreichs Warenexporte gehen zu 54 Prozent in den Euroraum, eine **halbe Million Beschäftigte in Österreich** sind der Exportwirtschaft in den Euroraum zuzurechnen. Der Erfolg eines Europäischen Marktes mit gemeinsamer Währung kann nicht in investiertem Budgetgeld bewertet werden, sondern in **stabilem Wirtschaftswachstum, gerecht verteiltem Wohlstand, sozialer Sicherheit und friedlichem Zusammenleben** aller 500 Millionen EinwohnerInnen Europas.

Die **rasche Beschlussfassung** der Aufstockung des Euro-Schutzschirms ist **notwendig**, da Verzögerungen zu einer weiteren Verunsicherung führen können. Im Oktober stehen Entscheidungen zu weiteren Maßnahmen für Griechenland und Refinanzierungen auch in anderen Ländern der Eurozone an. Die Einhaltung des geplanten Zeitrahmens ist wichtig für die Glaubwürdigkeit der Europäischen Politik. Die

P
A
R
L
A
M
E
N
T
S
M
A
I
L

Europäische Union muss nun **geschlossen auftreten**. Die **Krise** kann nur **gemeinsam bewältigt** werden.

Insgesamt ist es von Bedeutung, die **richtigen Lehren aus der Krise** zu ziehen. Von Seiten der Neoliberalen wird argumentiert, wir hätten „über unsere Verhältnisse gelebt“. Doch nicht die Staaten oder die Bevölkerung, sondern **die Banken und Finanzmärkte haben über ihre Verhältnisse gelebt**. Die Fakten zeigen, dass alle Staaten von Mitte der 90er Jahre bis zur Krise ihre Ausgaben und somit die Neuverschuldung reduziert haben. Durch die Finanzkrise ist es aber notwendig geworden, Milliarden in die Hand zu nehmen, um Banken zu retten, Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und Steuerausfälle zu kompensieren. Bei der Präsentation des Arbeitsprogrammes der EU-Kommission wies EU-Kommissionspräsident Barroso darauf hin, dass die EU-Staaten in den letzten drei Jahren **4,6 Billionen Euro an den Finanzsektor** gewährt hat. Das Ergebnis in Österreich war, dass nach 15 Jahren Konsolidierung, wo der Schuldenstand von fast 70 auf 60 Prozent gesunken war, dieser durch die Krise innerhalb von nur zwei Jahren wieder auf über 70 Prozent des BIP angewachsen ist. Daher tragen nicht die Staatsschulden Schuld an der Krise, vielmehr liegen die **Ursachen für die erhöhte Staatsverschuldung in der Krisenbekämpfung**. Wer gegenteiliges behauptet verkehrt Ursache und Wirkung.

Trotzdem ist es wichtig, **Schulden** und **Defizit** zu **reduzieren**. Aber es gibt auch **andere wichtige Kennzahlen**, die bisher **zu wenig Beachtung** gefunden haben. So hat die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit nicht den Stellenwert, den sie eigentlich haben sollte. Die **Bekämpfung der Arbeitslosigkeit muss aber genauso wichtig sein wie die Defizitgrenze für die Staaten**. Eine weitere Lehre aus der Krise ist die Frage, wie sich Staaten finanzieren. Wir finanzieren unseren Staat vor allem zulasten des Faktors Arbeit. Jene, die ohnehin schon **reich sind** und ihr Geld für sich arbeiten lassen, leisten heute **keinen adäquaten Beitrag**. Daher wollen wir die **Steuern auf Arbeit senken** und **Steuern auf Kapital und Vermögen erhöhen**. Die SPÖ hat daher ein **5-Punkte-Programm zur gerechten Verteilung** vorgestellt, das neben einer Millionärssteuer die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die Reform der Gruppenbesteuerung, eine steuerliche Begrenzung bei Managergehältern und Boni sowie die steuerliche Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern beinhaltet.

SPÖ fordert lückenlose Aufklärung

Im Rahmen einer **Dringlichen Anfrage** wurde über **Korruptionsfälle aus der Zeit der schwarz-blau/orangen Bundesregierung** zwischen 2000 und 2006 und die Inseratenvergabe der Bundesregierung diskutiert. Die SPÖ stellte klar, dass sie für **lückenlose Aufklärung aller Korruptionsvorwürfe** steht. Wie die SPÖ schon seit langem fordert, soll in einem Untersuchungsausschuss die politische Verantwortung rund um die Malversationen und mutmaßlichen Korruptionsfälle der schwarz-blau/orangen Regierung ab 2000 untersucht werden.

Aktueller Auslöser für die Forderung nach einem U-Ausschuss war die **Telekom-Affäre**. FPÖ und ÖVP starteten daraufhin ein **Ablenkungsmanöver mit einer Inse-**

ratengeschichte aus dem Jahr 2008. Für die SPÖ stellt dieses Ablenkungsmanöver den **Versuch** dar, **von den Vorwürfen** gegen fünf ehemalige Minister der schwarzblau/orangen Koalition **abzulenken**. Da die SPÖ jedoch an einer **lückenlosen Aufklärung** interessiert ist und der Untersuchungsausschuss zu scheitern drohte, da von allen Seiten das Motto „Alles oder nichts“ ausgegeben wurde, hat sie zugestimmt auch die Vorwürfe zur Inseratenvergabe in einem Untersuchungsausschuss zu untersuchen. Geprüft werden soll allerdings generell die Inseratenvergabe aller Ressorts am besten seit dem Jahr 2000.

Wie Bundeskanzler Faymann betonte, **entbehren die Anschuldigungen** bei den Inseraten **jeglicher Grundlage**. Alle **Entscheidungen** über Inserate und Kooperationen sind **im Unternehmen getroffen** worden. Dies wurde auch von den zuständigen Geschäftsführern der ÖBB und der Asfinag bestätigt. Faymann stellte klar, dass der jeweils amtierende Verkehrsminister **die politische Verantwortlichkeit für Betriebe wie die ÖBB und die Asfinag** trägt. Ein Weisungsrecht bestehe nicht und könne daher auch nicht ausgeübt werden. Es ist eine Normalität, dass zwischen den Verantwortlichen, die die Betriebe führen, und den politisch Verantwortlichen Gespräche stattfinden. Dabei ist penibel aktienrechtlich einzuhalten, wer welche Entscheidungen trifft.

Auf **gesetzlicher Ebene** hat die SPÖ die **richtigen Schlüsse** gezogen. Noch in diesem Jahr soll ein **Medientransparenzgesetz**, ein neues **Lobbyinggesetz**, mehr **Transparenz bei der Parteienfinanzierung** und **neue Regelungen** bei der **Unvereinbarkeit** und **Immunität** für Abgeordnete beschlossen werden. Darüber hinaus soll die **Korruptionsstaatsanwaltschaft gestärkt werden**.

Parlamentsreden vom 30.09.2011

Redebeitrag zur Aufstockung des Euroschuttschirms

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank! Sehr geehrte Damen und Herren! Zusammenfassend für all jene, die noch immer zweifeln: Österreichs Arbeitsplätze, der Wohlstand, die Sicherheit der Menschen in diesem Land sind aufs Engste verbunden mit der Zukunft der Europäischen Union. Ich glaube, da sind wir uns alle einig.

Ein Viertel der österreichischen Arbeitsplätze ist direkt oder indirekt vom Export in die EU abhängig. Die Jobs von einer Million Österreicher und Österreicherinnen hängen also davon ab, dass es den Euro gibt und dass es die Europäische Union gibt. Diese Menschen und ihre Familien verlassen sich auf uns, dass wir Politik machen, um Europa und Österreich stabil und sicher in die Zukunft zu führen. Das schaffen wir aber nur, wenn wir den Euro und die Eurozone erhalten. Eines ist klar: Scheitert die Eurozone, steht auch die EU an der Kippe.

Wir haben voriges Jahr, um die Stabilität und damit die Sicherheit der österreichischen Arbeitsplätze zu gewährleisten, den Euro-Schutzschirm eingerichtet, und das

war gut so. Daher sollten wir auch jetzt diesen Euro-Schutzschirm erhöhen, den Schutzschirm, der uns vor Kettenreaktionen – vor Ansteckung sozusagen – schützt, denn aus Problemen einzelner Länder könnte auf den Märkten ganz leicht eine Gefahr für die Stabilität der gesamten Eurozone werden.

Gleichzeitig schützt der Euro-Schirm natürlich auch die Länder der Eurozone, die wirtschaftlich angeschlagen sind, die unter der Finanzkrise leiden. Das gibt den Ländern die Zeit und die Ruhe, die sie brauchen, um umfassende Reformen zu machen und wieder auf die Beine zu kommen. Das nützt aber nicht nur diesen Ländern, sondern das nützt natürlich auch Österreich, weil das ganze System in Europa derart verflochten ist.

Dass der Schutzschirm gute Arbeit leistet, haben wir gesehen – das haben wir in Irland gesehen, das haben wir in Portugal gesehen. Beide Länder sind jetzt auf einem guten Weg, und sie hätten das ohne den Euroschutzschirm nicht geschafft. Eine Kettenreaktion, von der ich gesprochen habe, konnte so verhindert werden.

Die drängendste Aufgabe ist es nun, diese Erfolge auch in Griechenland zu erzielen. Was wir aber noch machen müssen – außer dass es Sparziele und Sparmaßnahmen in Griechenland gibt –, ist, dass wir Griechenland eine ökonomische Perspektive bieten, damit die Wirtschaft dort angekurbelt werden kann.

Meine Damen und Herren, Sie haben heute die Chance, Ihren Beitrag zu leisten, dass eine Million österreichischer Jobs sicher bleibt, dass wir die EU und somit auch Österreich sicher und stabil durch diese Finanz- und Wirtschaftskrise führen können. Sie brauchen der Erhöhung des Schutzschirms nur zuzustimmen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Lassen Sie mich noch ein paar Worte zum ESM sagen, der als langfristiger Stabilitätsmechanismus den jetzigen Schutzschirm ab dem Jahr 2013 ablösen soll. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Er wurde von BZÖ und FPÖ immer wieder angesprochen. Es ist schlichtweg falsch, wenn Sie behaupten, dass der ESM-Vertrag vorsieht, dass künftig ohne Zustimmung der nationalen Parlamente nach Belieben Geld in beliebiger Höhe abgerufen werden kann.

Meine Damen und Herren! Jede Kapitalerhöhung, jede Maßnahme in Bezug auf diesen ESM, bei dem es um viel Geld geht, bedarf ausdrücklich der Zustimmung der nationalen Parlamente. So steht es in dem Vertrag. *(Abg. Dr. Glawischnig-Piesczek: Gibt's ja noch gar nicht!)* Das Thema ist viel zu ernst, als dass Sie daraus politisches Kleingeld schlagen sollen und können. *(Abg. Neubauer: Das ist eh Großgeld! Von Kleingeld redet eh kein Mensch mehr!)*

Auch die Fraktionen von FPÖ und BZÖ sind übrigens eingeladen, mitzuarbeiten, wenn wir in den nächsten Wochen beginnen, Gespräche über die parlamentarische Kontrolle des ESM zu führen. Ich hoffe, Sie tun das auf konstruktive Art und Weise, wobei ich allerdings meine Zweifel habe, weil ich glaube, dass „konstruktiv“ in Ihren Parteien eher ein Fremdwort ist. – Danke. *(Beifall bei der SPÖ sowie der Abg. Dr. Glawischnig-Piesczek.)*

Pressemeldungen&Veranstaltungen:

[Muttonen zu EU-Finanzrahmen: Bekämpfung von Arbeitslosigkeit ins Zentrum stellen](#)
(27.09.2011)

[Nationalrat - Muttonen: Österreichs Wirtschaft vom Euro abhängig](#) (30.09.2011)

Österreichische Parteien für Palästina-Anerkennung - außer ÖVP

Utl.: Nationalratsfraktionen mehrheitlich für palästinensischen
UNO-Antrag - ÖVP zeigt sich abwartend =

Wien (APA) - Die Parlamentsparteien haben sich überwiegend für die Zustimmung Österreichs zu einem möglichen Antrag der Palästinenser auf Aufwertung ihres Status in der UNO-Vollversammlung ausgesprochen. Die ÖVP von Außenminister Michael Spindelegger zeigt sich abwartend gegenüber dem palästinensischen Wunsch.

Spindelegger warnte am Rande der UNO-Generalversammlung in New York vor politischen "Gräben" für den Nahost-Friedensprozess. "Letzten Endes kann der Gordische Knoten des Nahen Ostens nicht in New York, sondern nur in Jerusalem und Ramallah durchschlagen werden", sagte der Außenminister laut einer Aussendung am Donnerstag. Zuvor hatte es geheißen, Österreich werde "im letzten Moment" über einen palästinensischen Antrag entscheiden. Man hoffe auf eine gemeinsame EU-Position.

Die SPÖ sprach sich unterdessen vorsichtig für ein österreichisches "Ja" aus. "Ich habe dafür durchaus Sympathien", sagte die außenpolitische Sprecherin der Sozialdemokraten, Nationalratsabgeordnete Christine Muttonen, am Donnerstag der APA. Vor einem palästinensischen Antrag an die Generalversammlung solle jedoch in den kommenden Tagen und Wochen "jegliche Verhandlungsmöglichkeit ausgeschöpft" werden. Muttonen hofft ebenfalls auf ein gemeinsames Vorgehen der EU-Staaten.

Auch die Oppositionsparteien FPÖ und BZÖ sind für die Zustimmung Österreichs zu dem Palästinenser-Antrag. "Es wurde lange genug versucht, ein Einvernehmen herzustellen", sagte FPÖ-Außenpolitik-Sprecher Johannes Hübner der APA. Die Anerkennung als beobachtendes Nicht-Mitglied der UNO-Vollversammlung würde "vollendete Tatsachen" in den stockenden Friedensgesprächen mit Israel schaffen.

Das BZÖ spricht sich für die "völlige Anerkennung" eines palästinensischen Staates

aus, sagte BZÖ-Sprecher Heimo Lepuschitz. Die Bundesregierung solle "Haltung zeigen" und einem Antrag der Palästinenser vor der Generalversammlung zustimmen.

Die Grünen fordern laut Bericht des "Standard" (Donnerstag-Ausgabe) die Unterstützung einer palästinensischen Resolution in der Generalversammlung. Sie kritisierten demnach das angekündigte Veto der USA im Weltsicherheitsrat. (Schluss) fat/er

APA0385 5 AI 0285 II Siehe APA0150/22.09 Do, 22.Sep 2011

Österreich/Nahost/Israel/Palästina/UNO/Parteien/Diplomatie



Nationalrat unterstützt die Brustkrebskampagne der österreichischen Krebshilfe

Pretty in Pink – Im Rahmen der Auftaktveranstaltung für die heurige Brustkrebskampagne der österreichischen Krebshilfe wurde am 28. September der Eingang des Nationalrats mit einer riesigen pinken Schleife – dem Symbol der Brustkrebskampagne – geschmückt. Nach einem Empfang im Parlament durch Parlamentspräsidentin Prammer fanden noch zwei Aktionen im Freien statt. So gab es einen von der Initiative "Dancer against Cancer" organisierten Flashmob zu sehen, der vor den Türen des Parlaments den "Pink & Purple Dance" aufführte. Im Anschluss wurden 5.000 rosa Luftballons in die Luft gelassen. Sie stehen für jede Frau in Österreich, die heuer an Brustkrebs erkrankt.

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:

Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN

Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3

1017 Wien